



Das öffentliche Beschaffungswesen im AGG (AW)

Beschaffung

Inhaltsverzeichnis

1	Zweck	1
2	Verpflichtung zur Unbefangenheit.....	1
3	Ziele des öffentlichen Vergaberechts	1
4	Nützliche Links.....	1
5	Rechtsgrundlagen.....	2
6	Verfahrensarten (Art. 17ff IVöB)	3
7	Schwellenwerte (Art. 16 resp. A2 Anhang 2 der IVöB)*	3
8	Bagatellklausel.....	4
9	Freihändige Vergaben über dem Schwellenwert	4
10	Verfahrensablauf und Fristen.....	4
11	Ausschreibung	5
12	Kriterien	5
13	Vorbefassung.....	8
14	Prüfung und Auswertung der Angebote (gem. Art. 38 IVöB)	8
15	Verhandlungen	8
16	Abbruch/Wiederholung des Verfahrens	9
17	Erstellen der Verfügung	9
18	Vertragsabschluss (Art. 42 IVöB).....	9
19	Beschwerdeverfahren/Rechtsmittel (Art. 51-59 IVöB)	9
20	Aufbewahrungspflicht (Art. 49 IVöB)	10

1 Zweck

Dieses Dokument dient internen Projektleitenden sowie externen Beauftragten als Verständigung und Arbeitshilfe bei Beschaffungen für kantonale Bauprojekte des AGG. Die Arbeitshilfe beleuchtet die wichtigsten gesetzlichen Punkte und AGG-spezifische Vorgaben (nicht abschliessend).

2 Verpflichtung zur Unbefangenheit

Falls der Anschein der Befangenheit wegen einer besonderen Beziehungsnähe zu einem Anbieter besteht, sind alle in einem Beschaffungsverfahren Beteiligten verpflichtet, die Projektverantwortlichen zu informieren und in den Ausstand zu treten. Sonst ist der Zuschlagsentscheid mit einem formellen Fehler behaftet und kann aufgehoben werden, unabhängig davon, ob der Entscheid im Übrigen korrekt ist oder nicht.

3 Ziele des öffentlichen Vergaberechts

Den wirtschaftlichen und den volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Einsatz der öffentlichen Mittel, zur Beschaffung des vorteilhaftesten Angebots unter Berücksichtigung der folgenden Verfahrensgrundsätzen:



Abbildung 1 Grafik KBB - Das öffentliche Beschaffungswesen auf einen Blick

4 Nützliche Links

Die aktuellen Formulare des AGG zum öffentlichen Beschaffungswesen inkl. Baupreisindex und die weiteren Richtlinien des AGG können heruntergeladen werden unter:

<https://www.bvd.be.ch/de/start/themen/immobilien/downloads-und-links.html>

Gesetzessammlung des Kantons Bern:

<https://www.belex.sites.be.ch/> → 7 Bauwesen, öffentliche Werke, Energie und Verkehr

DAHochbau:

<https://be.dahochbau.ch/login> → Login

Leitfaden für öffentliche Beschaffungen – TRIAS

<https://www.trias.swiss/>

5 Rechtsgrundlagen

- GATT/WTO–Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019)
- Gesetz und Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöBG/IVöBV))
- Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens (OÖBV)
- Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG)

Überblick der Rechtsgrundlagen im öffentlichen Beschaffungswesen:

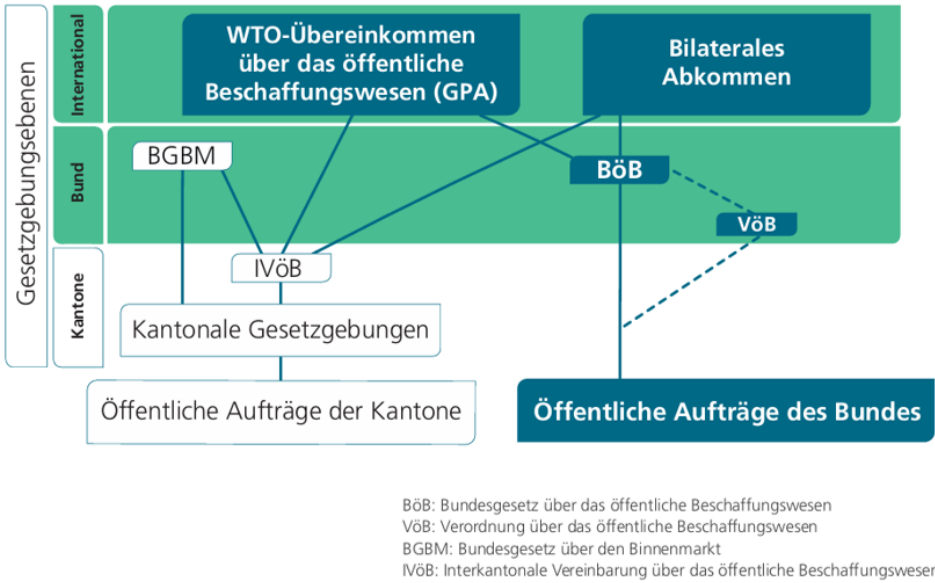


Abbildung 2 Grafik KBB - Das öffentliche Beschaffungswesen auf einen Blick

6 **Verfahrensarten (Art. 17ff IVöB)**

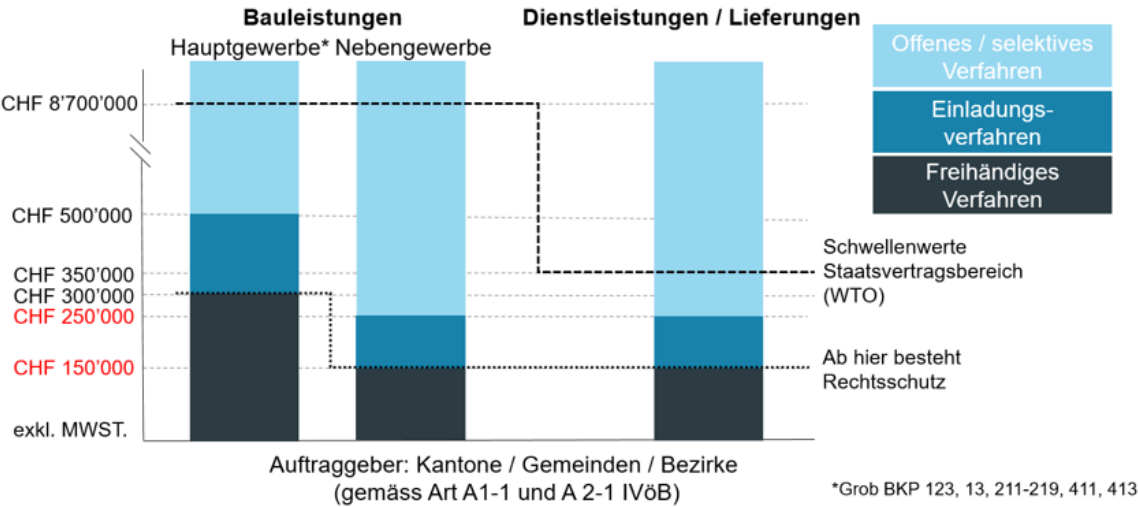


Abbildung 3 Grafik KBB - Das öffentliche Beschaffungswesen auf einen Blick angepasst fürs AGG

7 Schwellenwerte (Art. 16 resp. A2 Anhang 2 der IVöB)*

Verfahren	Lieferungen, Dienstleistungen	Bauleistungen	
		Baunebengewerbe	Bauhauptgewerbe
	IVöB	IVöB	
Freihändiges Verfahren	unter 150'000	unter 150'000	unter 300'000
Einladungsverfahren	unter 250'000	unter 250'000	unter 500'000
Offenes oder selektives Verfahren	ab 250'000	ab 250'000	ab 500'000

Abbildung 4 Grafik Trias.swiss Schwellenwerte

Wichtige Hinweise betreffend der Schwellenwerte:

- * Geschätzter Auftragswert ohne MWST.
- Unter das Bauhauptgewerbe fallen gemäss den Vergaberichtlinien der IVöB alle Arbeiten für die tragenden Elemente eines Bauwerks. Die übrigen Arbeiten gehören zum Baunebengewerbe. Diese Abgrenzung ist unscharf. Im Zweifelsfall sind die tieferen Schwellenwerte für das Baunebengewerbe zu verwenden. Bei gemischten Aufträgen ist der finanziell höhere Wert des Teilauftrages massgebend
- Bei freihändigen Vergaben **ab CHF 50'000** sind in der Regel **drei Angebote** einzuholen → Vorgabe AGG
- Im Einladungsverfahren werden mindestens drei Angebote eingeholt (Art. 20 Abs. 2 IVöB)
- Im Staatsvertragsbereich **Gesamtprojekt von CHF 8.7 Mio.** gelten die Schwellenwerte und die Bagatellklausel nach Art. 16 Abs. 3 IVöB → «WTO & Bagatellklausel (AW)»

8 Bagatellklausel

Bei mehreren Bauaufträgen innerhalb eines Projekts zählt der Gesamtwert aller Bauarbeiten für die Unterstellung unter den Staatsvertragsbereich.

Bauwerk = einheitlicher wirtschaftlicher/technischer Zweck

Der Kostenvoranschlag, der alle notwendigen Bauarbeiten umfasst, dient der Berechnung des Gesamtwertes. Ab einem Gesamtwert von CHF 8.7 Mio. (ohne MWST., exkl. Honorare/Gebühren) müssen sämtliche Arbeiten öffentlich ausgeschrieben werden (Art. 16 Abs. 3-4 IVöB). Ausnahmen: Aufträge unter CHF 2 Mio. dürfen bis max. 20% des Gesamtwertes separat vergeben werden. Das ist die **Bagatellklausel**.

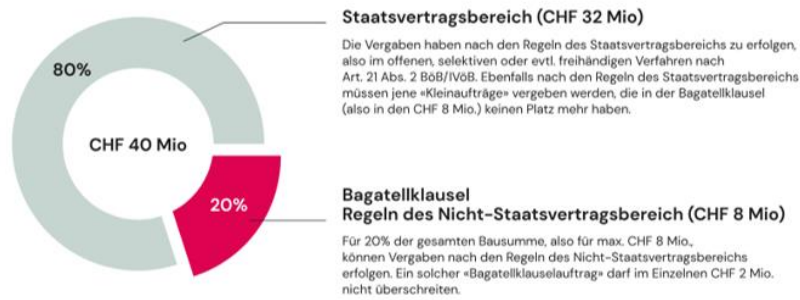


Abbildung 5 Grafik TRIAS - Bagatellklausel

9 Freihändige Vergaben über dem Schwellenwert

Aufträge können unter bestimmten Voraussetzungen gemäss (Art. 21 IVöB) über dem Schwellenwert freihändig vergeben werden. Der Entscheid über die Durchführung eines freihändigen Verfahrens ist vor dem Zuschlag auf www.simap.ch zu veröffentlichen, wenn die Schwellenwerte des offenen/selektiven Verfahrens erreicht werden (mit Rechtsmittelbelehrung). Der Entscheid ist detailliert und nachvollziehbar zu begründen und von der Abteilungsleitung und dem Kompetenzzentrum Beschaffung und ZBS (KBZ) freizugeben. Siehe Anhang 1.

10 Verfahrensablauf und Fristen

Die Abläufe und Zuständigkeiten der beteiligten Stellen im Beschaffungswesen sind im Anhang 1 dargestellt. Die Projektleitenden des AGG sind verantwortlich, dass die Beauftragten (Architekten, Fachplaner usw.) den Ablauf kennen und einhalten.

Genereller Ablauf

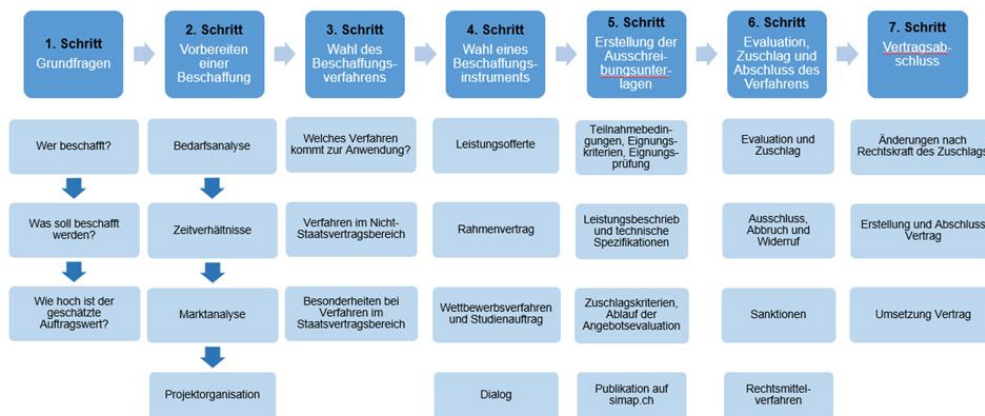


Abbildung 6 Grafik Bpuk.ch - Newsletter TRIAS Juli 2021.pdf

Zeitbedarf pro Verfahren

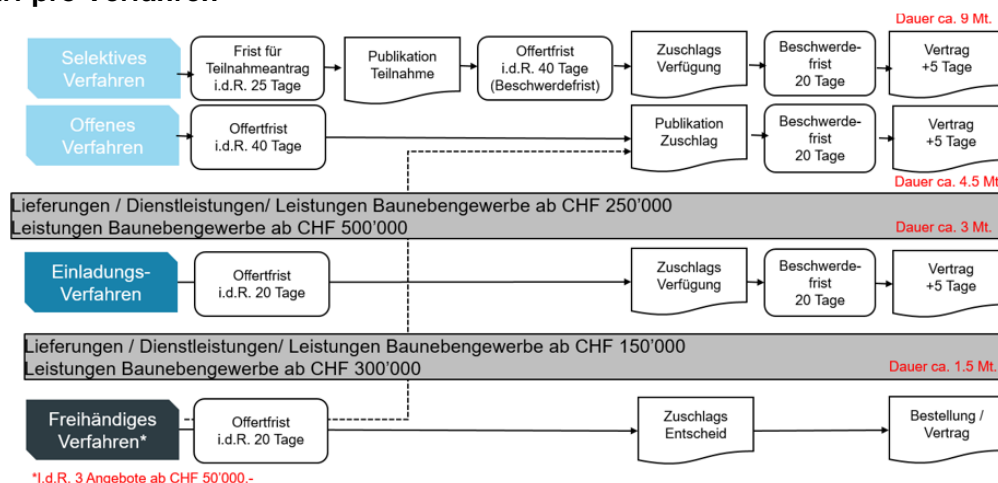


Abbildung 7 Grafik KBB - Das öffentliche Beschaffungswesen auf einen Blick angepasst fürs AGG

11 Ausschreibung

- Die Ausschreibungsunterlagen müssen es jedem Anbietenden ermöglichen, ein anforderungsgerechtes Angebot zu erstellen. Der inhaltliche Detaillierungsgrad hängt von der Art des zu vergebenden Auftrags ab. Die Angebote müssen vergleichbar sein
- Eine funktionale Ausschreibung, bei der seitens der Vergabestelle auf die Festsetzung von Ausführungsdetails oder eines detaillierten Leistungsverzeichnisses verzichtet wird, ist zulässig
- Die Ausschreibung darf während des Verfahrens nicht abgeändert werden
- Aufträge, die im offenen oder selektiven Verfahren vergeben werden, sind auf der Website www.simap.ch auszuschreiben
- Ist der französische Kantonsteil betroffen, erfolgt die Ausschreibung in Französisch resp. bei den Amtssprachen. In allen anderen Fällen wird der Ausschreibung in der einen Amtssprache zusätzlich eine Zusammenfassung in der anderen Amtssprache beigelegt

Die Ausschreibung enthält i.d.R. folgende Unterlagen (nicht abschliessen):

- **Angebotsdeckblatt**, (Deckblatt Angebotsvariante) → im DAHochbau zu erstellen
- Formular **Selbstdeklaration**
- Besondere, **projektbezogene Bestimmungen** (nur für das absolut Notwendigste)
- **Leistungsverzeichnis** mit allen zum Verständnis notwendigen Beilagen
- **Vorgesehene Vertragsurkunde** und wo vorhanden AVB's KBOB – der Vertragsentwurf ist wo möglich auszufüllen
- Berechnungsformular «**Bonus Lernende Berechnungsgrundlage**» (Werden ausländische Anbieter durch den Bonus diskriminiert, darf der Bonus beim Zuschlag nicht berücksichtigt werden)
- Im offenen/selektiven Verfahren - **Bestimmungen und Angebot** zum Vergabeverfahren (KBOB Teil A und B)

12 Kriterien

Unterscheidung Technische Spezifikation, Eignungs- und Zuschlagskriterien:

	Produkt-/ Leistungsbezogen	Anbieterbezogen
Ja / Nein Bewertung («Killerkriterien»)	Technische Spezifikation	Eignungskriterien
Punktierte Bewertung	Zuschlagskriterien	Eignungskriterien (nur im selektiven Verfahren)

Abbildung 8 Grafik KBB - Das öffentliche Beschaffungswesen auf einen Blick

Die Zwingenden **Teilnahmebedingungen (TB)** richten sich an die Anbietenden. (IVöB Art. 26) Die Abfrage erfolgt mit der Selbstdenklaration. Anbieter, welche die zwingenden Teilnahmebedingungen nicht erfüllen, werden vom Beschaffungsverfahren ausgeschlossen.

Die **Eignungskriterien (EK)** beziehen sich auf die Anbietenden und sind projektbezogen. (IVöB Art. 27) Bei der Eignungsprüfung ist zu klären, ob die Anbietenden wirtschaftlich, organisatorisch und technisch in der Lage sind, den künftigen Auftrag gemäss den Vorgaben auszuführen. Die Nichteinhaltung der EK führt grundsätzlich zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren (Art. 44 IVöB 2019). Als Eignungskriterien dürfen nur prüfbare, objektive Kriterien zur Anwendung gelangen, welche klar mit JA/NEIN beurteilt werden können und sollen sich auf die wirklich zwingend erforderlichen Anforderungen beschränken, ansonsten besteht die Gefahr, dass der Wettbewerb nicht mehr funktioniert.

Eignungskriterien müssen in der Ausschreibung detailliert beschrieben werden. Mögliche Eignungskriterien sind:

- Fähigkeit/Fachkompetenz des Anbieters (technisch, fachlich, organisatorisch) – Unterkriterien können sein z.B. definierte Anzahl projektspezifischer Referenzen
- Kapazität/Leistungsfähigkeit des Anbieters (wirtschaftlich, technisch, personell) – Unterkriterien können sein z.B. technische Ressourcen, personelle Ressourcen, Vergleich des jährlich projektrelevanten Umsatzes mit dem Wert der ausgeschriebenen Leistung (z.B. geschätzte Vergabesumme < 35% des Umsatzes)
- Qualitätsmanagement – Unterkriterien können sein z.B. Nachweis eines zertifizierten QM-Systems

Unzulässige Eignungskriterien sind zum Beispiel:

- Ortsansässigkeit
- Leistungsfremde Merkmale

Die **Technischen Spezifikationen (TS)** betreffen den Beschaffungsgegenstand. (IVöB Art. 30)
Was sollen die benötigten Leistungen zwingend erfüllen? Z.B. Merkmale des Beschaffungsgegenstands (Normen, technische Vorschriften) Angebote, welche die technischen Spezifikationen nicht erfüllen, werden vom Beschaffungsverfahren ausgeschlossen.

Die **Zuschlagskriterien (ZK)** beziehen sich auf die Qualität des Angebotes. (Art. 29 IVöB) Z.B. Preis, Qualität, Nachhaltigkeit, Termine, Lebenszykluskosten, Kundendienst, Servicebereitschaft. Die Zuschlagskriterien sind zu gewichten und in den Ausschreibungsbedingungen bekannt zu geben. Das Angebot, das die gewichteten Zuschlagskriterien insgesamt am besten erfüllt, gilt als das vorteilhafteste Angebot und erhält grundsätzlich den Zuschlag. Anhand dieser Kriterien wird das vorteilhafteste Angebot ermittelt.

Zu beachten ist, dass:

- Die ausgewählten Kriterien und deren Gewichtung dürfen nichtdiskriminierend wirken.
- Die Zuschlagskriterien und deren Gewichtung sind im Voraus (d.h. in der Ausschreibung) detailliert und einfach nachvollziehbar bekanntzugeben.
- Die Zuschlagskriterien sind auftragsspezifisch festzulegen.
- Zulässige Zuschlagskriterien sind u.a. (nicht abschliessend und ungeordnet):
 - Preis
 - Qualität, insbesondere der Materialien/der Ausführung/des Konzepts usw. (Umschreibung des Begriffs Qualität)
 - Zweckmässigkeit, Übersichtlichkeit der Anlage
 - Termine, insbesondere möglichst früher Liefertermin
 - Möglichst niedrige Unterhalts-/Betriebskosten (Zeitraum nennen, Berechnung verlangen)
 - Technischer Wert, technische Qualität (z. B. bei technischen Anlagen)
 - Ästhetik, ästhetisch hochwertiges Projekt/Konzept
 - Einfache, funktionelle, bedienerfreundliche und personalarme Bedienung der Anlage
 - Wirtschaftlichkeit des vorgeschlagenen Konzepts (Berechnung verlangen)
 - Architektonische Gestaltung (des Gebäudes, der Umgebung, der Gesamtanlage usw.)
 - Referenzprojekte
 - Funktionalität
 - Sorgfältiger Umgang mit Altbausubstanz
 - Nachhaltigkeit (Präzisierung unerlässlich)
 - Umweltverträglichkeit, insbesondere ökologische Anforderungen an Material und/oder Ausführung (sofern nicht bereits im Leistungsbeschreibung definiert)
 - Sicherstellung einer leistungsfähigen Unterhalts- und Serviceorganisation (evtl. Angabe über zeitliche Erreichbarkeit verlangen)
 - Innovative Ideen zur Realisation des Projektes
 - Aufgabenanalyse (z.B. bei Planerleistungen)
 - Kreativität, kreatives Projekt/kreativer Lösungsvorschlag
 - Projektbezogene Qualitätssicherung
 - Infrastruktur
 - Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs ist ergänzend der Bonus Lernende zu berücksichtigen (Art. 29 Abs. 2 IVöB)

Für die Bewertung der Zuschlagskriterien ist folgende Skala anzuwenden:

Note	Bezogen auf Erfüllung der Kriterien	Bezogen auf Qualität der Angaben	Bezogen auf Plausibilität des Angebots
5	sehr gut erfüllt	qualitativ ausgezeichnet, sehr grosser Beitrag zur Zielerreichung	sehr transparentes Angebot
4	gut erfüllt	qualitativ gut	plausibles Angebot
3	erfüllt	den Anforderungen der Ausschreibung entsprechend	im wesentlichen plausibles Angebot
2	schlecht erfüllt	Angaben ohne ausreichenden Bezug zum Projekt	unplausible Angaben
1	sehr schlecht erfüllt	ungenügende, unvollständige Angaben	unplausibles Angebot
0	nicht beurteilbar	keine Angaben	nicht bewertbar

Jedes Kriterium bzw. Subkriterium wird mit einer Note zwischen 0-5 bewertet. Anschliessend werden pro Kriterium bzw. Subkriterium die Wertungen mit den Gewichtungen multipliziert. Das Angebot mit der höchsten Punktzahl erhält als vorteilhaftestes Angebot den Zuschlag.

Die Bewertung des Preises erfolgt gem. folgender Bewertungsmethode. Das Angebot mit dem tiefsten gültigen Preis erhält die maximale Punktzahl 5. Dazwischen werden die Punktzahlen gemäss der definierten Preisspanne linear vergeben und mit der Gewichtung multipliziert.

13 Vorbefassung

Anbieterinnen, die bei der Vorbereitung eines Vergabeverfahrens mitwirkten und dadurch vorbe-
fasst sind, dürfen wegen Gleichbehandlung kein Angebot abgeben, falls ihr Wettbewerbsvorteil
nicht ausgeglichen werden kann und der Ausschluss den Wettbewerb nicht beeinträchtigt. (Art. 14
IVöB).

Geeignete Mittel, um den Wettbewerbsvorteil auszugleichen, sind:

- a) die Weitergabe aller wesentlichen Angaben über die Vorarbeiten;
- b) die Bekanntgabe der an der Vorbereitung Beteiligten;
- c) die Verlängerung der Mindestfristen.

14 Prüfung und Auswertung der Angebote (gem. Art. 38 IVöB)

- Formelle Prüfung des Angebots:
 - Vollständigkeit der Unterlagen
 - Eignungskriterien (alle verlangten Punkte müssen erfüllt sein, sonst wird das Angebot von der Bewertung ausgeschlossen)
 - Selbstdeklaration mit Nachweisen (fehlende Unterlagen schriftlich unter Ansetzung einer kurzen Frist nachverlangen)
- Materielle Prüfung des Angebots:
 - Korrekturen offensichtlicher Fehler (Achtung!)
 - Klärung des Angebots, Auftraggeber können von Anbietern Erläuterungen in Bezug auf ihre Eignung und ihr Angebot verlangen. (nur gem. Art. 39 IVöB zulässig)
 - Wichtig: das Angebot darf nicht verbessert werden
 - Bewertung des Angebots anhand der Zuschlagskriterien. Das Formular «Evaluationsbe-
richt» dient zur Auswertung, wenn der Preis nicht das einzige Zuschlagskriterium ist
 - Bonus Lernende: Wenn der Bonus für Lernende ausschlaggebend ist für den Zuschlag,
ist der/die Beauftragte verantwortlich für die detaillierte Prüfung der Angaben der Anbieter

(Anzahl Mitarbeitende resp. Anzahl Lernende im entsprechenden BKP etc.). Unkorrekte Angaben sind vor dem Zuschlag zu korrigieren

- Die Ergebnisse der Auswertung sind schriftlich und nachvollziehbar festzuhalten und zu unterzeichnen
- Erstellen Vergabeantrag mit den zum Verständnis nötigen Beilagen. Ab Einladungsverfahren müssen den Anbietenden nachvollziehbare Informationen zum Vergabeentscheid mitgeliefert werden

15 Verhandlungen

- Im freihändigen Verfahren ist ein finales Angebot via DAHochbau im Schritt Abgebot «Verhandlungen bei Freihändiger Vergabe» einzuholen. (Art. 21 Abs. 1 IVöB).
- Ab dem Einladungsverfahren sind Verhandlungen über den Preis, über Preisnachlässe oder Änderungen des Leistungsinhaltes **NICHT** zulässig.

16 Abbruch/Wiederholung des Verfahrens

Beschaffungsverfahren können aus wichtigen Gründen abgebrochen werden (Art. 43 IVöB). Bei Verfahren über dem Schwellenwert des Einladungsverfahrens müssen alle Anbieter mit anfechtbarer Verfügung informiert werden (Art. 53 IVöB). Abgebrochene Verfahren können wiederholt werden.

17 Erstellen der Verfügung

Die Zuschlags- und Ausschlussverfügung wird durch das AGG erstellt. Dazu werden von den Beauftragten folgende Unterlagen benötigt:

- **Auswertung der Angebote und Vergabeantrag** aus dem DAHochbau (unterzeichnet)
- Kopie **Selbstdeklarationsformular** des Zuschlagsempfängers (ohne Nachweise)
- **Vertragsentwurf** (ohne Beilagen)
- Korrigiertes und unterzeichnetes Öffnungsprotokoll
- Kostenbewirtschaftung (sofern erforderlich)
- Bei auszuschliessenden Angeboten müssen detaillierte, nachvollziehbare Begründungen und Belege mitgeliefert werden

Anmerkung: Verfügungen und Entscheide werden im Einladungsverfahren durch die Post zugestellt (VRPG Art. 44).

Im offenen und im selektiven Verfahren veröffentlicht der Auftraggeber die Vorankündigung, die Ausschreibung, den Zuschlag sowie den Abbruch des Verfahrens auf simap.ch. Ebenso veröffentlicht er Zuschläge, die im Staatsvertragsbereich freihändig erteilt wurden (IVöB Art. 48).

Im offenen und selektiven Verfahren und im Staatsvertragsbereich (WTO) ist der Zuschlag spätestens 30 Tage nachdem die Verfügung rechtsgültig ist auf www.simap.ch zu veröffentlichen.

18 Vertragsabschluss (Art. 42 IVöB)

Die Zuschlagsverfügung ist nicht mit dem Vertragsschluss gleichzusetzen. Der Vertragsschluss ist nicht möglich während der Beschwerdefrist oder wenn eine Beschwerde aufschiebende Wirkung hat.

19 Beschwerdeverfahren/Rechtsmittel (Art. 51-59 IVöB)

Verfügungen des AGG können beim Rechtsamt der Bau- und Verkehrsdirektion angefochten werden. Anfechtbar sind, sofern die Schwellenwerte des Einladungsverfahrens erreicht werden:

- Die Ausschreibung des Auftrags
- Der Zuschlag
- Der Abbruch des Verfahrens
- Die Auswahl der Teilnehmer im selektiven Verfahren
- Der Ausschluss vom Vergabeverfahren
- Der Widerruf des Zuschlags

Die **Beschwerdefrist** beträgt **20 Kalendertage**. Unter Berücksichtigung der Postwege im Einladungsverfahren sind im Terminplan 35 Kalendertage einzurechnen, sonst 25 Kalendertage.

Anmerkung: Fristen, welche durch eine Mitteilung, eine amtliche Publikation oder den Eintritt eines Ereignisses ausgelöst werden, beginnen am folgenden Tag zu laufen. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannter Feiertag, so endet sie am nächstfolgenden Werktag (VRPG, Art. 41).

Die Beschwerdeinstanz kann der Beschwerde auf Gesuch oder von Amtes wegen der aufschiebenden Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden Interessen entgegenstehen.

20 Aufbewahrungspflicht (Art. 49 IVöB)

Alle Verantwortlichen haben die Pflicht, bis zur rechtsgültigen Vergabe alle Aktivitäten rund um das Beschaffungsverfahren lückenlos zu dokumentieren und die Dokumente mind. drei Jahre nach Abschluss des Beschaffungsverfahrens, resp. bis zum Projektabschluss, aufzubewahren (inkl. Notizen über mündliche Auskünfte, eingegangene Kuverts mit Poststempel, usw.). Im Beschwerdefall wird die Projektleitung die Unterlagen einfordern und zusammenstellen.

Anhang 1: Vergabe- und Vertragslauf (AW)

Freihändiges Verfahren

Schwellenwerte und Verfahren (ausserhalb Staatsvertrag) exkl. MWST.:¹

- Lieferungen, Dienst- und Bauleistungen: Baunebengewerbe unter CHF 150'000
- Bauleistungen: Bauhauptgewerbe unter CHF 300'000
- Zeitbedarf Verfahren ca. 6 Wochen → Angebotsfrist min. 20 Kalendertrage

Offertanfrage

- Bis CHF 50'000 i.d.R. 1 Anbieter → Direktauftrag via DAHochbau (DAH)³ (Vergabe ohne Auswertung)
- Ab CHF 50'000 i.d.R. 3 Anbieter → Liste Anbieter & Angebotsdeckblatt aus DAH & Ausschreibung via Beauftragte/PL AGG^{3,4} inkl. Freigabeprozess digital im DAH³ → danach Versand Offertanfrage via DAH³
- Signatur: Formulare ohne Unterschrift resp. digital einfach → automatisch im DAH³
- Offerteneingang in Papier im AGG → Öffnungsprotokoll via PMO⁶ im DAH³
- Versand Angebote durch PMO⁶ an Beauftragte/PL AGG zur Auswertung

Vergabe

- Einholen finales Angebot (Art. 21 Abs. 1 IVöB)
- Vergabeantrag: Erstellung ab CHF 5'000 via Beauftragte/PL AGG⁴ im DAH³
- Indexteuerung (P & Q Projekte) automatisch via DAH⁴ an FRW-GS⁷ (Mit Freigabe Vergabeantrag PL AGG)
- Freigabeprozess digital DAH³
- Signatur: Digital einfach → automatisch im DAH³

Vergabeentscheid und Absagen

- Vergabeentscheid und Absagen Versand via Beauftragte/PL AGG⁴ im DAH: An Unternehmer, Beauftragte, PL AGG⁴ (Nur bei vorhandenem Öffnungsprotokoll resp. bei mehreren Anbietern)
- Keine Beschwerdefrist
- Signatur: Digital einfach → automatisch im DAH³

Auftragsbestätigung

- Auftragsbestätigung inkl. Beilagen: Erstellung via Beauftragte/PL AGG⁴ im DAH → Versand via DAH⁴ an Unternehmer, Beauftragte, PL AGG⁴, FRW-GS⁷
- Signatur: Formular ohne Unterschrift

Ablage

- Erfassung Auftragsbestätigung im FRW-GS⁷
- Ablage im GEVER¹¹ via PL AGG⁴

Einladungsverfahren

Schwellenwerte und Verfahren (ausserhalb Staatsvertrag) exkl. MWST.:

- Lieferungen, Dienst- und Bauleistungen: Baunebengewerbe unter CHF 250'000
- Bauleistungen: Bauhauptgewerbe unter CHF 500'000
- Zeitbedarf Verfahren ca. 10 Wochen → Angebotsfrist min. 20 Kalendertrage

Offertanfrage

- Liste Anbieter & Angebotsdeckblatt aus DAH & Ausschreibung min. 3 Anbieter: Erstellung via Beauftragte/PL AGG⁴ → Freigabeprozess digital im DAH³ → danach Versand Offertanfrage via DAH⁴
- Signatur: Formulare ohne Unterschrift
- Offerteneingang in Papier im AGG → Öffnungsprotokoll via PMO⁸ im DAH³
- Versand Angebote durch PMO⁸ an Beauftragte/PL AGG zur Auswertung.

Vergabe

- Vergabeantrag: Erstellung via Beauftragte/PL AGG⁴ im DAH³
- Unterschriftenlauf digital (GEVER-Aufgabe/E-Mail): Beauftragte → PL AGG⁵ → AL/BL AGG⁹ → PMO⁸ (gem. Kompetenzregelung AGG)
- Signatur: Digital einfach¹⁰ → z.B. PDF (Für AGG Empfehlung BE-Signatur via GEVER)
- Indexteuerung (P & Q Projekte) per GEVER-Aufgabe oder E-Mail an agg.kreditmanagement@be.ch

Zu- und Ausschlussverfügung

- Versand: Zuschlags- und Ausschlussverfügung via eingeschriebener Briefpost durch PMO⁸ an Anbieter (Beschwerdefrist 20 Tage)
- Unterschriftenlauf: AL AGG⁴ → PL AGG⁹ → PMO⁸
- Signatur: Nur Originalunterschrift

Vertrag

- KBOB-Vertrag: Erstellung durch Beauftragte resp. PL AGG⁴ (Wenn nicht digital, 1x Original für AGG, Beteiligte digitale Kopie)
- Unterschriftenlauf digital: (Nach Ablauf ungenutzter Beschwerdefrist) Versand durch Beauftragte - Unternehmer → (Beauftragte) → PL AGG⁴
- Doppelunterschrift: AL/PL AGG^{4,9} Dienstleistungen ab CHF 150'000 (gem. Kompetenzregelung AGG)
- Signatur: BE-Signatur oder ZertES/eIDAS (Originalunterschrift)

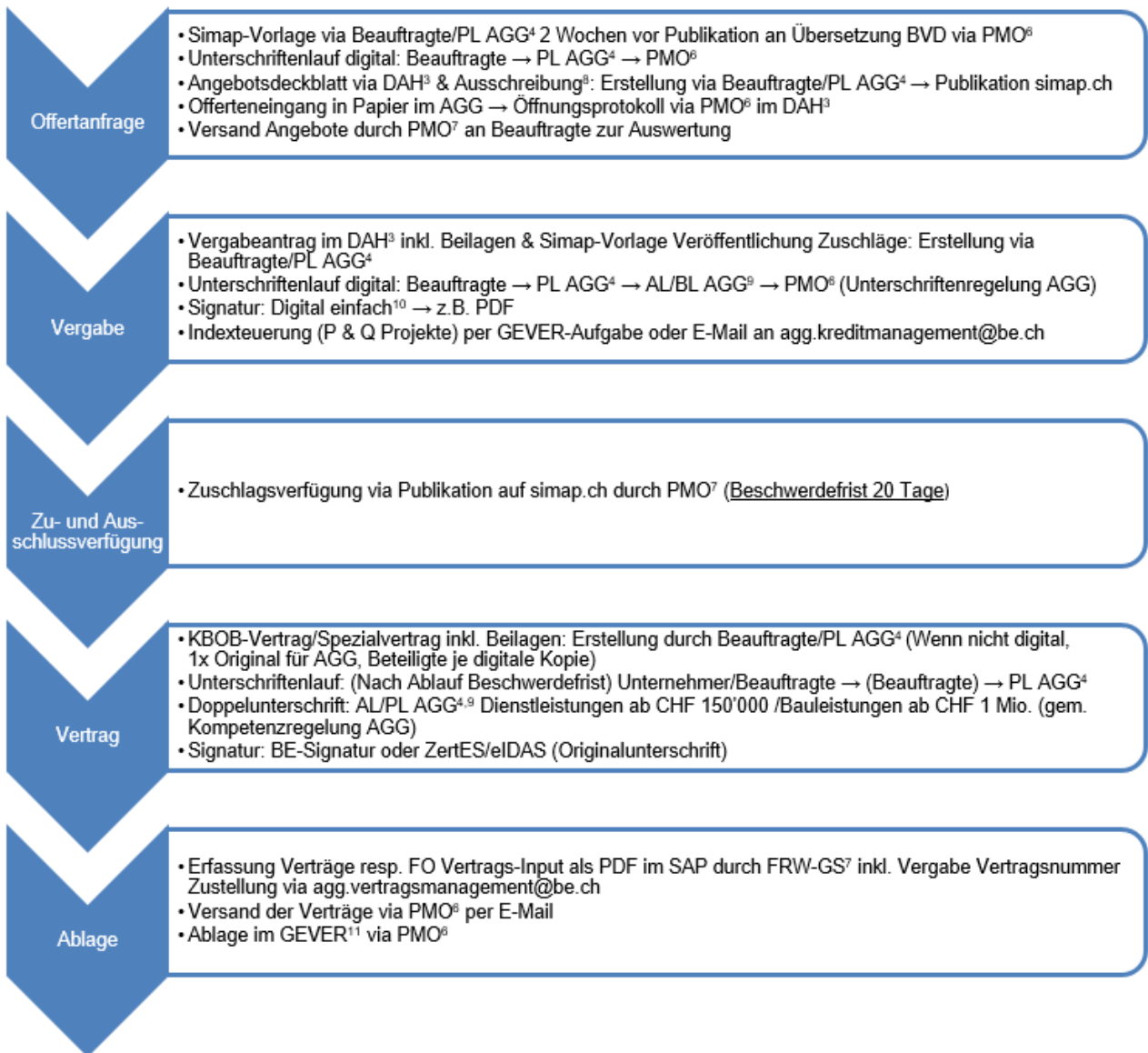
Ablage

- Erfassung Verträge resp. FO Vertrags-Input als PDF im SAP durch FRW-GS⁷ inkl. Vergabe Vertragsnummer
- Zustellung via agg.vertragsmanagement@be.ch
- Versand der Verträge via PMO⁸ per E-Mail
- Ablage im GEVER¹¹ via PMO⁸

Offenes/Selektives Verfahren

Schwellenwerte & Verfahren im von Staatsverträgen nicht erfassten & erfassten Bereich exkl. MWST.:

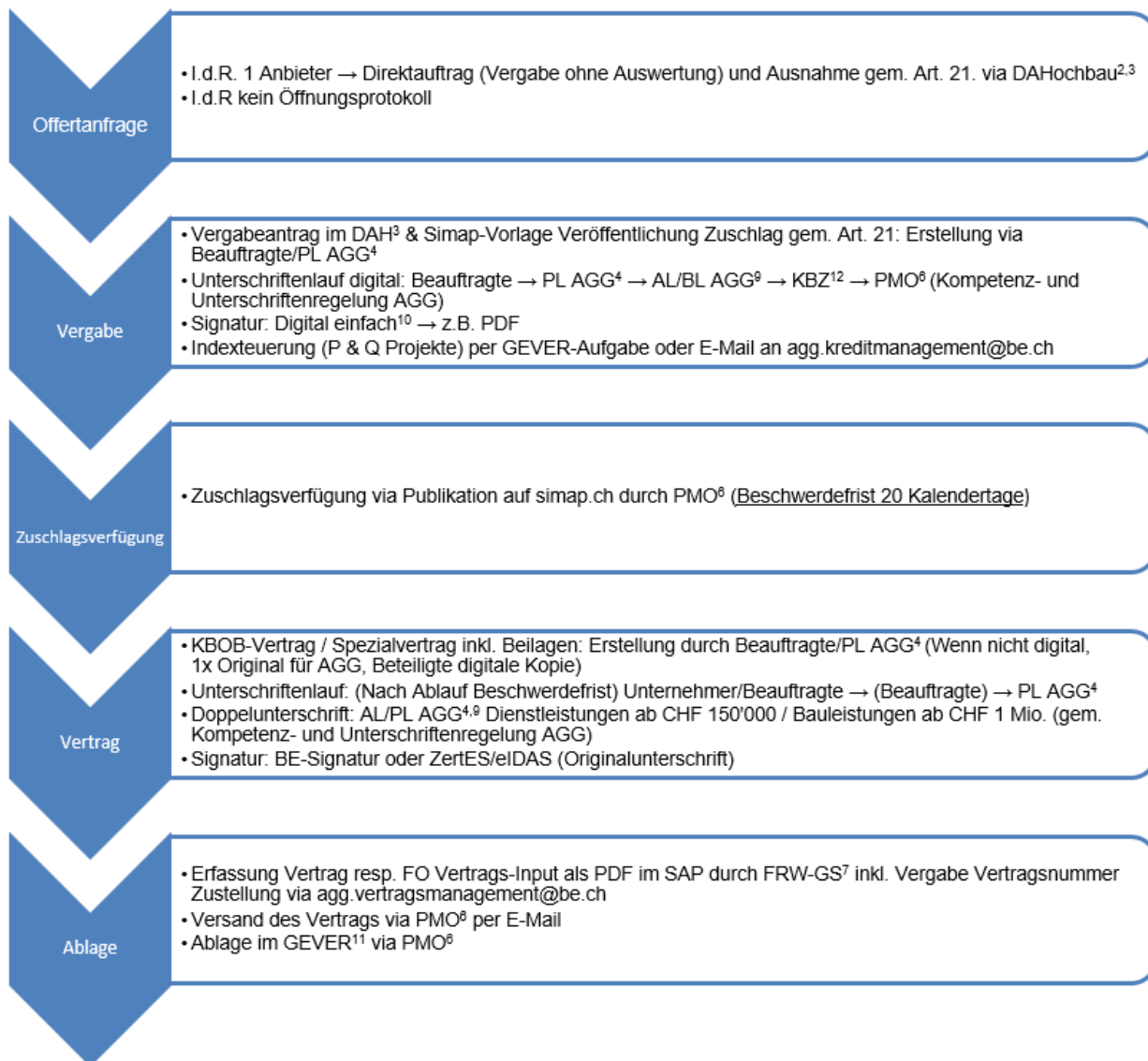
- Lieferungen, Dienst- und Bauleistungen: Baunebengewerbe ab CHF 250'000
- Bauleistungen: Bauhauptgewerbe ab CHF 500'000
- Zeitbedarf Offenes Verfahren ca. 4 Monate / Selektives Verfahren ca. 8 Monate
- Angebotsfrist min. 40 Kalendertrage im Staatsvertragsbereich und min. 20 Kalendertage ausserhalb



Freihändiges Verfahren gem. Art. 21 IVöB - AUSNAHME

Überschwelliges freihändiges Verfahren exkl. MWST.:¹

- Lieferungen, Dienst- und Bauleistungen: Baunebengewerbe ab CHF 250'000
- Bauleistungen: Bauhauptgewerbe ab CHF 500'000
- Dieses Verfahren ist nur in Ausnahmefällen anwendbar und mit der KBZ abzusprechen.



Hinweis Zeitbedarf Verfahren: 20 (40) Kalendertage Angebotsfrist + 5 Kalendertage Postfrist bis Erstellung Öffnungsprotokoll + Tage für Versand und Auswertung resp. zusätzlich Einsprachefrist 20 Kalendertage + 2x5 Kalendertage Postfrist

¹ Ausnahme überschwelliges Freihändiges Verfahren gem. Art. 21 IVöB

² Ausnahme OM - Bestellungen via SAP für Geschäfte < CHF 100'000

³ DAH - DAHochbau webbasiertes Vergabetool des AGG

⁴ PL AGG - Projektleitung AGG

⁵ Sofern Abwicklung des Auftrages durch AGG ohne Beauftragte

⁶ PMO - Projekt Management Office

⁷ FRW-GS - Finanz- und Rechnungswesen des AGG

⁸ Bonus Lernende sofern keine ausländischen Anbieter

⁹ AL/BL AGG - Abteilungsleitung oder Bereichsleitung AGG

¹⁰ Minimale Anforderung an die Unterschrift. Originalunterschriften sind immer möglich - weitere Informationen «Digitale Signatur (AW)» und «Kompetenz- und Unterschriftenregelung AGG»

¹¹ GEVER - Dokumentenablage-system des AGG

¹² KBZ - Kompetenzzentrum Beschaffung und ZBS des AGG